



# Nachrichten aus Brüssel

@ greens87 – stock.adobe.com

## Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgestellt

Die Europäische Kommission hat ihren „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“ vorgestellt. Der Kompass versteht sich als übergeordneter strategischer Rahmen für die zweite Amtszeit von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

In dem Papier wird dargelegt, auf welche Weise die Wettbewerbsfähigkeit der EU in den nächsten Jahren gesteigert werden kann. Drei Bereiche stehen im Mittelpunkt: die Stärkung der europäischen Innovationsfähigkeit, die Dekarbonisierung sowie die Verringerung von Abhängigkeiten der EU von Drittstaaten wie China oder den USA bei Rohstoffen und Technologien. Um diese Zielvorgaben zu erreichen, möchte die EU vor allem bestehende regulatorische und administrative Hürden abbauen, um Unternehmen und Bürger zu entlasten. Zudem sollen Barrieren im Binnenmarkt beseitigt werden und die beruflichen Kompetenzen der Menschen, etwa durch Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen besser mit den veränderten Anforderungen des europäischen Arbeitsmarktes in Einklang gebracht werden.

## Arbeitsprogramm für 2025 veröffentlicht

Mitte Februar hat die Europäische Kommission ihr neues Arbeitsprogramm für das Jahr 2025 veröffentlicht, in dem die konkreten Initiativen und Maßnahmen aufgelistet werden, die die Brüsseler Behörde in den kommenden Monaten ergreifen möchte. Das Arbeitsprogramm trägt den Titel „Gemeinsam vorankommen: Eine mutigere, einfachere und schnellere Union“.

Der deutliche Schwerpunkt des Arbeitsprogramms ist die Stärkung der europäischen Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit. Um dies zu erreichen, stellt die EU-Kommission eine „Rekordzahl“ von Initiativen in Aussicht, die auf bürokratische Vereinfachungen abzielen. Die Intention der Brüsseler Behörde ist es, die aus EU-Vorgaben resultierenden Berichtspflichten um min-

destens 25 Prozent und speziell für kleinere und mittlere Unternehmen um mindestens 35 Prozent zu reduzieren. Gesundheit bleibt dabei ein wichtiges Politikfeld der EU.

Das Arbeitsprogramm weist mehrere gesundheitspolitische Initiativen aus. So wurde vorab im Januar ein EU-Aktionsplan zur Verbesserung der Cybersicherheit von Gesundheitseinrichtungen vorgelegt. Noch in diesem Jahr soll ein „Critical Medicine Act“ auf den Weg gebracht werden, um die Versorgung mit kritischen Arzneimitteln zu verbessern. Ferner soll die umfassende Evaluierung der umstrittenen EU-Medizinprodukteverordnung bis Ende 2025 abgeschlossen werden.

## Europäischer Gesundheitsdatenraum tritt in Kraft

Obwohl sich die Unterhändler des Europäischen Parlamentes und der im Rat versammelten EU-Mitgliedsstaaten schon im April 2024 politisch geeinigt hatten, wurde die EU-Verordnung zur Schaffung eines Europäischen Gesundheitsdatenraumes (European Health Data Space, kurz: EHDS) erst in diesem Jahr Anfang März im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Hintergrund waren Diskussionen um technische Detailfragen und sprachliche Formulierungen. Ende Dezember hatten Europäisches Parlament und Ende Januar der Rat letztlich grünes Licht für die Korrekturen gegeben. Damit konnte die EHDS-Verordnung in Kraft treten.

Ziel des EHDS ist es, die nationalen Gesundheitssysteme der EU auf Grundlage interoperabler Austauschformate digital zu verbinden und den Zugriff auf bestimmte Patientendaten grenzüberschreitend zu ermöglichen. Die EU-Mitgliedsstaaten können entscheiden, inwieweit Patientinnen und Patienten einer Verwendung ihrer Gesundheitsdaten widersprechen dürfen (sogenannte Opt-out-Lösung).

*Dr. Alfred Büttner  
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK*